

An: [leserbriefe@weser-report.de](mailto:leserbriefe@weser-report.de)

gesendet: Sonntag, 23. Oktober 2011, um 14.39 h

Betreff: Kommentar: Politikersicht, WR vom 23. Oktober 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte veröffentlichen Sie meine folgenden Zeilen als Leserzuschrift zu dem o.a. heute erschienenen Kommentar >Politikersicht< von Herrn Axel Schuller auf Seite 2 des Weser-Reports (Bremen-Ausgabe):

"Die manchmal erfrischende Polemik des Kommentators ist heute einfach nur ärgerlich, wenn nicht gar böswillig: Sein Plädoyer, sog. Gigaliner auch im kleinsten Bundesland Bremen freie Fahrt zu erlauben, lässt das Augenmaß vermissen, das 'grüne Umweltpolitiker/innen' in dieser Sache offensichtlich haben. Sogar nach einer Expertise des ADAC (sic!) sind die vom Kommentator fälschlich zum 'Ökoliner' umgewidmeten Gigaliner abzulehnen, weil sie den Straßenverkehr mehr *belasten als entlasten*. Auch ohne Grundsatzfragen nach dem Sinn einer Entwicklung zum Immer-Mehr und Immer-Größer zu stellen, resultiert die dokumentierte\* Ablehnung des ADAC aus Vorbehalten gegen die Sicherheit im Straßenverkehr, die enorme zusätzliche Belastung vorhandener Straßen, Brücken und Tunneln, die für Kfz dieser neuen Größenordnung nicht gebaut sind. Der Vergleich mit >Schwerlasttransportern für Windkraftanlagen< hinkt, weil diese Transporte unter besonderen Ausnahmebedingungen, oft sogar polizeilich begleitet, stattfinden. Wenn bisher einige wenige Bundesländer mit viel Fläche und deutlich weniger Schulden als Bremen bereit sind, sich an einem 'Feldversuch für Gigaliner' zu beteiligen, so spricht dieser Vorgang doch für sich! Welche zusätzlichen Milliardenkosten für Erneuerung von Straßen, Brücken und Tunneln würden auf die Steuerzahler zukommen, wenn dieser 'Feldversuch' zu einer allgemeinen Freigabe dieser Kfz-Kolosse im 'Transitland Deutschland' führen sollte?

Wenn Politiker/innen, zu deren Auftrag es gehört, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, diese Frage stellen und kritische Vorbehalte gegen bestimmte (Wirtschafts-) Entwicklungen anmelden, so handeln sie damit schlicht pflichtgemäß und im Auftrag ihrer Wähler/innen. Eine ähnlich qualifizierte demokratische Legitimation hat so manche (Fehl-)Entwicklung in der Wirtschaft nicht, auch wenn sie sich manchmal auf eine 'konsumentengestützte Zustimmung' berufen mag. Auftrag der Politik ist demgegenüber, umwelt- und menschengefährdenden Entwicklungen auch dann entgegenzuwirken, wenn sie vermeintlich, kurzgriffig 'wirtschaftsdienlich' sind."

Für den zeitnahen und möglichst vollständigen Abdruck dieses Leserbriefs danke ich Ihnen bereits im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel, web-Redakteur von [www.keine-stadtautobahn.de](http://www.keine-stadtautobahn.de)

\*Quellenangabe: Siehe dort **Rubrik** >Stellungnahmen ab 2008< oder direkt unter [http://neu.keine-stadtautobahn.de/uploads/SN/ADACsupertrucks\\_broschuere.pdf](http://neu.keine-stadtautobahn.de/uploads/SN/ADACsupertrucks_broschuere.pdf)

Kontaktdaten:  
Günter Knebel  
Ludwigsburger Str. 22  
D-28215 Bremen  
E-Mail: [Knebel-Bremen@t-online.de](mailto:Knebel-Bremen@t-online.de)